



2002/18 Antifa

<https://ads.jungle.world/artikel/2002/18/verbuendete-gesucht>

Die rechtsextreme Zeitschrift 'Opposition'

Verbündete gesucht

Von **annelies senf und jörg kronauer**

Die rechtsextreme Zeitschrift Opposition propagiert die Querfront und setzt dabei vor allem auf Antiamerikanismus und Antisemitismus.

Opposition? Klingt gut. Oder nicht? »Es darf wieder zurückgeschossen werden: Die Kriegstreiber«, prangt in großen Lettern auf dem Titel einer Zeitschrift, die sich Opposition nennt und die sich bei deutschen Rechtsextremen zunehmender Beliebtheit erfreut. Die Blattmacher verstehen sich als »systemoppositionell«. Wer »die Kriegstreiber« sind, ist klar: der US-Präsident George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder, deren Gesichter das Titelblatt zieren.

Die Zeitschrift Opposition erscheint inzwischen alle zwei Monate in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Es ist eines der wenigen rechtsextremen Magazine, die bundesweit auch am Kiosk erhältlich sind. Um eine breite Leserschaft zu gewinnen, versucht das Blatt aus dem Hause des neofaschistischen Verlegers Gert Sudholt, Tagesaktualität mit Hintergrundartikeln zu verbinden.

In der Ausgabe über »die Kriegstreiber« erfährt man, dass Deutschland als »Hilfskraft« an der Seite der USA in den »ersten Krieg des 21. Jahrhunderts« ziehe. Eine These, die auch unter Linken sehr beliebt ist. Aber nicht nur die USA werden attackiert, auch Israel wird angegriffen. Der Verstoß gegen das Völkerrecht durch das »präventive Selbstverteidigungsrecht«, das die USA in ihrem »Anti-Terror-Krieg« beanspruchen, wird mit der Politik Israels gleichgesetzt. Im Gegenzug wird kritisiert, dass »antimuslimische Aktivitäten in den USA« weder in US-amerikanischen noch in deutschen Medien thematisiert werden: »Mit jüdischen Grabsteinen in Germany ist das natürlich etwas ganz Anderes.«

Die Blattlinie zeichnet sich vor allem durch die Vermischung von antiamerikanischen mit antisemitischen Stereotypen aus. Der Antiamerikanismus ist dabei das Lockmittel, mit dem Opposition die US-feindlichen Teile der deutschen Bevölkerung ansprechen will. Das Blatt erhofft sich dadurch Unterstützung für seinen Kampf gegen die »allgegenwärtige Zumutung des Amerikanismus«. Die Ablehnung des »Schmelztiegels« USA, der als Inbegriff multikultureller Gesellschaften gilt, ist konstitutiv für die völkische Ausrichtung des Magazins. Denn aus einem Staat mit »gemischtrassiger« Bevölkerung kann nach völkischer Weltsicht nichts Gutes kommen. Entsprechend gelten die USA als Ursprung allen Übels, als Zerstörer traditioneller Kulturen durch den »american way of life«, als Heimatland des alles zersetzenden Finanzkapitals und als Herkunftsort des feindlichen Neoliberalismus.

Gerade der Neoliberalismus gilt Opposition als Zerstörer völkischer Traditionen und damit als Feind. Er sei, schreibt der Chefredakteur Karl Richter, eine »falsche, todbringende Ideologie«, »eine Ideologie, die uns via Medien und Parteien permanent zur Preisgabe unserer Bastionen, unserer Werteordnung, unserer Eigenständigkeit zu überreden versucht«. Eine »historisch erforderliche Front« gegen den Neoliberalismus aufzubauen, stehe deshalb auf der »Tagesordnung«.

Um diese antiliberalen Einheitsfront zu entwickeln, propagiert Opposition die Aufhebung des »Rechts-Links-Schemas« und wirbt für eine so genannte Querfront. Regelmäßig plädieren die Autorinnen und Autoren für eine Zusammenarbeit von Kräften aus der PDS und aus rechtsextremen Parteien. »Es ist hoch an der Zeit, das unselige Mauerdenken aus den Köpfen zu verbannen«, konstatiert ein Autor. So könne die PDS, heißt es an anderer Stelle, nach »allen politischen Himmelsrichtungen ausfahren - selbst nach rechts«. Ihre Mitglieder seien wegen der Erfahrungen mit dem »angloamerikanischen Neoliberalismus« ebenso für den politischen Wandel zu haben wie Rechtsextreme.

Da sich der Neoliberalismus globalisiere, könne es nicht mehr einfach darum gehen, »im eigenen nationalen Haus krisensichere Lebensverhältnisse vorzufinden«, meint Chefredakteur Richter. Vielmehr säßen die Gegner des Neoliberalismus in ganz Europa im selben Boot: »traditionsbewusste Europäer, glaubensfeste Muslime, orthodoxe Ostchristen, patriotische Postkommunisten im ehemaligen Ostblock«. Sie alle werden als potenzielle Verbündete angesehen.

Dabei könne, so der Anhänger des italienischen Faschisten Julius Evola und frühere Oppositions-Autor Martin Schwarz, die deutsche Rechte gerade von Osteuropa lernen. Er schwadroniert über die Zusammenarbeit »der patriotischen Teile der Linken mit den nicht bornierten Teilen der Rechten in Russland« und beschreibt ähnliche Vorgänge in Rumänien, die tatsächlich eine Aufhebung des »Rechts-Links-Schemas« andeuten.

Vor allem in Russland formulieren rechte Nationalisten und linke Altkommunisten gemeinsam nationale, antiamerikanische und antiliberalen Interessen. Hierin dürfte auch ein Grund dafür liegen, dass Opposition russischen AutorInnen und InterviewpartnerInnen eine besonders große Aufmerksamkeit entgegenbringt, etwa dem Nationalbolschewisten und Evola-Anhänger Alexander Dugin, der einen eigenen Verlag betreibt und die Zeitschrift Handgranate herausgibt.

Das Interesse an Russland hat noch eine weitere Ursache. Das Magazin sieht nämlich in einem Bündnis zwischen Deutschland und Russland die Möglichkeit, den US-amerikanischen Einfluss zurückzudrängen. Für ein solches Bündnis, auf das die völkische Rechte seit dem Krieg gegen Napoleon 1813 und gegen die Errungenschaften der Französischen Revolution schwört, sprechen sich derzeit unterschiedliche rechte Spektren aus, und sie finden fast alle einen Platz auf den Seiten von Opposition. Zudem schafft die Vision eines deutsch-russischen Bündnisses gegen die USA ideologische Berührungspunkte zu russlandfreundlichen Teilen der PDS.

Opposition ist ein Beispiel für den Versuch von extremen Rechten, ein breites antiamerikanisches und antiliberales Bündnis zu schaffen. Der »linke« Antiamerikanismus war dabei schon immer ein Anknüpfungspunkt für die extreme Rechte. So steckt schon in der Argumentation, dass die BRD nur als »Hilfskraft« der USA fungiere, ein kruder Antiamerikanismus und zumindest unterschwelliger Nationalismus. Kein Wunder, dass sie in der extremen Rechten beliebt ist.

